Protokoll

über die Sitzung des Landtages als Kommission (im Konferenzzimmer)

vom 14. Dezember 1926.

Anwesend : Die Abgeordneten Vogt, Steger. Feger, Gassner, Jehle, Quaderer, Marxer, Büchel, Batliner, Büchel-Gamprin, Hoop, Kaiser.
Es sind abwesend entschuldigt : Dr. Beck, Bargetze und Walser.

Vorsitz : Vizepräsident Batliner.

Regierungschef : Prof. Gustav Schädler.

Schriftführer : Reg. Sekr. Nigg.

Beginn 9 Uhr vormittags.

Vizepräsident :eröffnet die Sitzung. Es ist das Budget zu beraten.

Regierungschef Die Regierung hat gestern das Budget noch einmal durchgenommen und teilweise abgeändert, sowie neu drucklegen lassen. Vielleicht könnte man zuerst noch einen Gegenstand : die Landesvermessung vortragen. Er könne, weil er auf dem Laufenden sei, referieren. Die Herren Abgeordneten Feger, Bargetze und Jehle haben eine Eingabe gemacht, die er verliest. Die Regierung habe hiezu die Aeusserung der ehemaligen Steuer-Einschätzungs-Landeskommission und des fürstlichen Grundbuchführers Quaderer sowie des Geometers Ospelt eingeholt. Regierungschef verliest die Aeusserungen dieser Organe. Quaderer und Ospelt haben vor Abgabe der Aeusserung in der Regierungssitzung mündlich referiert. Die Angelegenheit ist in der Regierung behandelt worden. Im Grundbuch sei festgestellt worden, dass die Privaten in Liechtenstein 8 Millionen Franken und das Land 2 Millionen Franken intabuliert haben. Die Schulden haben eine bedenkliche Höhe erreicht. Auch die Landesschulden seien beträchtlich. 1 Million musste 1921 zur Sanierung des Staatshaushaltes und 1 Million vor einem Jahre zum Baue des Lawenawerkes sowie zur Konversion anderer Landesschulden für Bergstrasse etz. aufgenommen werden. Von der zweiten Million stehen zurzeit noch zirka 70 000 Franken zur Verfügung. Für die Ablösung des Elektrizitätswerkes Vaduz und der Netze in Eschen und Mauren werden aber noch weitere Mittel erfordert. Das Land bringe die Schulden zwar zu bezahlen, immerhin seien sie beträchtlich. Die privaten Schulden seien zum grossen Teile von Bauten herrührend. Er gibt die Zahl

der Bauten seit 1920 im Vergleiche zu den Jahren vor dem Kriege bekannt. Zu den Hypotheken sind dann aber auch noch die Bürgschaftsschulden zu rechnen. Die Baulust sei an und für sich zu begreifen. - In der Regierung herrscht die Meinung vor, man solle mit staatlichen Arbeiten nicht mehr springen und ein langsameres Tempo einschlagen. Mam habe für das Land in den letzten Jahrem sehr viel gearbeitet. Die Zollhäuser, die Bergstrasse, das Lawenawerk seien ausgeführt worden. - Er stellt den Antrag, zur Frage der Landesvermessung noch den Herrn Grundbuchführer Quaderer und den Herrn Geometer Ospelt zu hören. Regierungschef glaubt nicht, dass mit 15 000 Franken im Jahre das Auslangen gefunden werden kann. dazu kämen noch die Kosten für die Neuanlegung des Grundbuches. Ob in der gegenwärtigen Zeit für einen Zeitraum von 20 Jahren eine Jahressumme von 15000 Franken einzusetzen sei, bleibe der Beschlussfassung des Landtages vorbehalten. Der Rhein koste für die nächsten Jahre auch Geld. Die Regierung begrüsst zwar die Landesvermessung, hat die Inangriffnahme aber gegenwärtig verneint. Darum sei auch im Voranschlag kein Kredit eingesetzt. Wenn der Landtag eine andere Meinung habe, so müsse die Regierung den Beschluss zwar durchführen, ob aber die Wirtschaftlichkeit gegeben sei, bezweifle er.

<u>Vizepräsident</u> :Ihm sei die Sache ganz neu, daher sei er auch nicht auf dem Laufenden, vielleicht könnten die Herren Initianten besser Auskunft geben.

<u>Jehle</u> : Zu ihm seit Agent Seeger gekommen mit der Eingabe, ~~mmx~~ Er habe ~~gemagt~~ gefragt, dass wir das vermögen, worauf ihm Seeger sagte, dass der Fürst den Hauptteil bezahle. Seeger habe ihm überdies gesagt, die Finanzkommission verlange die Unterschriften.

<u>Feger</u> : gibt die gleiche Auskunft. Er habe sich bei der Unterfertigung gesagt, die Sache komme ja doch noch in den Landtag. Für notwendig halte er die Neuvermessung.

<u>Regierungschef</u> :Er erklärt, dass er nicht angegangen worden sei, den Fürsten um eine Beihilfe anzugehen. Er wisse von der Sache nichts.

Jehle : Er habe nur unterschrieben, weil Seeger sagte, der Fürst bezahle. Er sei aber der Ansicht, dass wir für das Land das nicht vermögen. Wir müssen sparen, es liegt noch viel vor.

Vizepräsident :Hauptsächlich seien die Uebelstände in Triesenberg. Die Parteien seien oft selber Schuld, wenn Misstände entstehen. Sonst glaube er, dass das Grundbuch gut sei. Eine Neuvermessung wäre zu begrüssen, wenn es nicht wegen dem Kostenpunkt wäre. Heute mag das Land das nicht tragen.

Hoop : Wenn damit die Grundzusammenlegung gemeint wäre, wäre es etwas anderes. Komme diese aber erst später, so nütze uns heute die Landesvermessung nichts. Die im Gesuche angegebenen Uebelstände werden auch später wieder vorkommen. Namentlich kommen diese Uebelstände bei Erbschaften vor. Dem können wir aber mit der Vermessung nicht abhelfen.

Marxer : Er habe als Vorsteher einmal den Auftrag bekommen, die Uebelstände mit den Parteien zu bereinigen. Heute noch habe er die Ueberzeugung, dass nicht die Hälfte durchgeführt sei, ~~[illegible]~~ Es hätte eine strenge amtliche Kontrolle mit Strafandrohung einsetzen müssen. Die Kaufverträge seien oft vorhanden, werden aber von den Parteien nicht zur Durchführung eingegeben. Die Unrichtigkeiten im Grundbuch und Kataster stammen von den Parteien selber. Er begrüsst im Uebrigen die Neuvermessung, doch sei jetzt nicht daran zu denken. In ein paar Jahren schon gebe es wieder Unrichtigkeiten, die durch die Parteien selbst verursacht worden sind.

Peter Büchel : Hoop habe von Güterzusammenlegung gesprochen. Diese wäre zu begrüssen, sie sei aber Sache der Parteien. Komme die Zusammenlegung, so sei der Vermessung heute vergebene Arbeit. Sie sei zum mindesten verfrüht. Wenn die Zusammenlegung komme, müsse die Vermessung durchgeführt werden. Die Güterzusammenlegung wäre zu begrüssen.

Grundbuchführer
Quaderer : (wird zur Sitzung gerufen) : nimmt bezug auf die Aeusserung an die Regierung, welcher er nichts mehr beizufügen hat. Es Landesvermessung wäre gut, es fehle namentlich in Triesenberg, und auch im Unterland. Die entdeckten Mängel werden fortlaufend berichtigt. Es handle sich in fast allen Fällen um Nachlässigkeiten der Parteien. Sie machen zwar Verträge, lassen sie aber daheim im Kasten. Das Grundbuch sei sonst richtig und in guter Ordnung. Es haben schon Schweizer dasselbe angeschaut und sich geäussert, dass es schön und recht sei. Unrichtigkeiten kommen überall vor, auch nach einer Neuvermessung. Das komme immer wieder vor. Schulden sind im Grundbuch ganz schauderhaft viel eingetragen und es müssen fortwährend neue eingetragen werden. Hand in Hand mit der Vermessung müsste das Grundbuch neu angelegt werden. Doch müssten dazu 1 bis 2 Personen neu angestellt werden, da er hiezu wegen der laufenden Angelegenheiten keine Zeit habe.

Vizepräsident :verdankt die Ausführungen des Herrn Grundbuchführers welcher hierauf wieder abtritt.

Es will darüber abstimmen lassen, ob man schon heuer auf die Vermessung eingehen will.

Gassner : Nach seiner Ansicht können wir die Vermessung heute nicht durchführen. Er sei einverstanden mit dem Regierungschef, dass auch der Staat mit grossen Arbeiten künftig ein langsameres Tempo einschlage. Die Notwendigkeit der Neuvermessung sei zwar da, namentlich in Triesenberg. Die Leute haben in den 1860er Jahren, als die erste Landesvermessung vor sich ging, geschumpfen, man nehme den Bauern den Boden weg. Und eben deswegen seien im Kataster auch viele Unrichtigkeiten. In Triesenberg haben sie zirka 7000 Parzellen. Die Unrichtigkeiten seien aber nicht auf das Konto der Vermesser zu schreiben. Die Vorteile einer Neuvermessung würden sich namentlich bei den Markt-Streiten ergeben, sie wären gross. Wenn die Finanzen des Landes sich bessern, würde er die Vermessung begrüssen, aber heute sei nicht daran zu denken. In Triesenberg seien grosse Komplexe, die nicht richtig seien. Es sei sehr fraglich, welche Schwierigkeiten sich bei einem Krache ergeben. Er wisse es nicht. Sie haben viele Grundstücke, die vor vielen Jahren verkauft wurden und schon in der 2. und 3. Hand

seien, aber grundbücherlich immer noch dem ursprünglichen Besitzer angeschrieben seien. Solange alles gut gehe, mache dies nichts. Die Kinder müssen heute büssen, was die Voreltern verschuldet haben.
In Triesenberg sei eine ganze Flur, die nicht parzelliert sei. Und gerade hiebei haben sie immer grosse Schwierigkeiten.

Vizepräsident : Solche Verhältnisse gebe es überall. In Triesenberg sollte zuerst eine Güterzusammenlegung vor sich gehen.

Gassner : Das sei bei Ihnen nicht möglich wegen der Verschiedenheit der Bodenqualität.

Vizepräsident : Will nun über das Gesuch abstimmen lassen.

Gassner : Man soll das Gesuch zur Kenntnis nehmen, aber vorläufig nicht darauf eintreten.

Jehle : Die Sache soll auf bessere Zeiten verschoben werden.

Das Gesuch wird vorläufig nicht berücksichtigt.

B u d g e t .

Regierungschef : gibt über die neuen Verschiebungen im Entwurfe Auskunft. Das gewerbliche Zeichnen ist beim Titel Schule gestrichen und zu Soziale Fürsorge transferiert. Beim Titel Bauamt ist für die Strassenverbreiterung in Hinter-Schellenberg statt 1200 Fr. 3000 Franken zu setzen. Die Position für Vorder-Schellenberg mit 5000 Franken ist gestrichen worden und bei "Ausbesserung von Kurven und Ausstellplätze"berücksicht. Uebrigens erfordert Vorder-Schellenberg nur 2500 Franken und nicht 5000 Franken.

Kaiser :gibt anhand einer Kartenskizze über die Verbesserung Auskunft. Unweit von dieser Strassenstelle sollte ein kleiner Strassenstutz abgesprengt werden und es könnte das gewonnene Material zur neuen Verbesserung benützt werden.

Frick : Man könnte dies dem Unternehmer vorschreiben.

Regierungschef : Di ser Wunsch wird zu Protokoll genommen. Für die Ausbesserung von Kurven und Ausstellplätzen genügen 9000 Franken. Wird eingesetzt.

Beim Titel Post sind als a/ 7/ für Fahrkartendruck 300 Fr.einzusetzen.

Regierungschef: Vorsichtshalber und vorbehaltlich der kommenden Regelung wurden beim Titel Soziale Fürsorge 3000 Fr. für Unfallversicherung und für Krankenkassen 700 Fr. eingesetzt. Von der Schaaner Kasse ist ein Subventionsgesuch eingelaufen. Für Arbeitsbeschaffung im Unterlande sind 7000 Fr. wieder bei Soziale Fürsorge eingetragen. Man sei am Samstag nicht gleicher Meinung gewesen. Wir müssen wegen Bern sehr grosse Vorsicht üben wegen Handhabung der stempel-/steuergesetzl.Bestimmungen. Die Regierunghat daher neuerdings beschlossen, den Kredit beim Titel Soziale Fürsorge einzusetzen. Man habe die Summe ja auch nur versprochen mit Rücksicht auf die zu schaffende Arbeitsgelegenheit. Das sei der Standpunkt der Regierung. Wenn der Landtag aber anderer Ansicht sei, so müsse er nur noch betonen, dass diese Ausgabspost nicht zu "Steuer-Einnahmen" gehöre.

Hasler-Steuerkommissär (wird zur Sitzung gerufen) : Wir müssen in diesen Sachen wegen eifersüchtigen Nachbarn sehr vorsichtig sein. Es werde alles genau studiert und verwertet. Es seien auch schon seit längerer Zeit im Völkerbunde Verhandlungen im Gange, die Bestimmungen über Domizil- und Holdinggesellschaften international zu regeln. Wir haben im Verhältnis zur Kleinheit unseres Landes die grösste Zahl von solchen Gesellschaften.Die Schweiz ist zwar nicht für eine Regelung durch den Völkerbund, sieht es aber nicht gern, dass wir zu sehr Konkurrenz machen. Darum müssen wir vorsichtig sein und nicht die Meinung erwecken, dass wir die Steuern wieder hinauszahlen.

Regierungschef : Bei dem Einnahmstitel Va (Steuern) müsse er hieran anschliessend eine Auskunft geben. Wir sind alle Liechtensteiner und sorgen für unser Land. Die Eifersucht der Nachbarn gegen uns muss besonders hervorgehoben werden. Die Oesterreicher versuchten beispielsweise für jene Gesellschaften,die in Liechtenstein ~~xxxxxxx~~ domiziliert sind und bei ihnen arbeiten, eine Uebereinkommen zu erreichen, wornach sie 70 % und wir 30 % der Steuern erhalten hätten. Aber auch die Schweiz ist uns wegen den Domizilgesellschaften eifersüchtig. Es ist wahr, wir haben

schöne Einnahmen, aber wir dürfen nicht alles auf diese Karte setzen, wenn wir nicht einmal zu Schaden kommen wollen. Damit es nach aussen hin nicht aufscheint, haben wir die Steuern (Vermögen- und Erwerbsteuer, pauschalierte Gewerbesteuer und Gesellschafts- und Stiftungssteuern) zusammen gezogen, um die Eingänge aus der Gesellschaftssteuer nicht zu sehr zu zeigen. Wir wollen die Eifersucht nicht mehren. Er erwarte, dass sich im offenen Landtagssaale niemand über die Zusammensetzung der Steuern erkundige. Wir haben auch im Jahresbericht diese Sache sehr vorsichtigt behandelt. Wenn wir mehr Zeit zur Verfügung haben, vielleicht nach dem Neujahr, könne der Steuerkommissär einmal über diese Sache referieren. Er hoffe, dass es hier nur eine Meinung gebe. Die Sache dürfe natürlich auch nicht in der Presse behandelt werden.

Vizepräsident : Bemerkt, dass man die Höhe der eingenommenen Gesellschafts- und Stiftungssteuern aus den Gemeindeanteilen errechnen könne.

Hasler : Man müsste einfach den Netto-Ertrag der Steuern einsetzen.

Vizepräsident :hält zwar die Sache nicht für so gefährlich.

Hasler : Man habe ihm auch bei der Konferenz der staatlichen Steuerkommissäre in der Schweiz Vorwürfe gemacht. Es sei Vorsicht am Platze.

Hasler tritt ab :

Titel IX 1/ Soziale Fürsorge (Krankenkasse).

Vizepräsident : Verliest das Gesuch der Liechtensteinischen Krankenkasse Schaan und erwähnt, dass auch früher für diesen Verein Unterstützungen bezahlt wurden.

Regierungschef bestätigt, dass in den letzten Jahren je 500 Fr.bezahlt wurden.

Vizepräsident : Ob man nicht mehr geben sollte ?

Jehle : Die Subvention kommt ihm mager vor, im Vergleich zu andern Subventionen.

Kaiser : unterstützt Jehle. Der Verein habe sehr viel geleistet und bezahle gut aus. Er beantrage Erhöhung.

Regierungschef :Er sei nicht dagegen, sage aber, dass der Fürst jedes Jahr etwas gebe.

Vizepräsident : Der Verein floriere jetzt wieder.

Jehle : Beantragt 1000 Franken. Er erwähnt die Broschüre der christlichsozialen Krankenkasse der Schweiz, die in der letzten Zeit verteilt wurde. Diese Kasse sei teurer.

Marxer : Unterstützt den Antrag Jehle auf 1000 Franken. Man sollte die Kasse in die Höhe bringen, brauche dann keine fremde Kasse.

Kaiser : Er sei seit 1896 Mitglied und habe schon viel gezogen.Die Kasse habe sozial gut gewirkt. Er befürwortet ebenfalls 1000 Fr.

Gassner : Unterstützt Jehle, wir seien verpflichtet, dieses soziale Institut mit 1000 Franken zu unterstützen. Die Kasse entwickelt sich wieder gut,sie werde gut geleitet und komme wieder vorwärts. Was man in Liechtenstein machen kann, soll man tun, das andere können wir nicht verhindern.

Regierungschef : frägt, ob die 1000 Fr. dann für Schaan und Balzers, das eine eigene Kasse besitze, gemeint seien oder nur für die Schaaner Kasse.

Marxer : Er meine, dass dies nur für Schaan sei und dass Balzers extra unterstützt werde.

Vizepräsident : Lässt über einen Kredit von 1200 Fr. für Krankenkassen abstimmen.

Beschluss : Einstimmig für Annahme.

Vizepräsident : Kommt auf den Postautokurs zu sprechen. Nach seiner Ansicht reichen 26,418 Fr.nicht mehr aus, weil die Postverbindung verbessert werden müsse. In Eschen werde eine neue Industrie errichtet, und es müsse die Verkehrsmöglichkeit nach dem Unterland ausgebaut werden.

Vogt : Warum das Postauto nicht nach Trübbach fahre, das gäbe auch mehr Verkehr.

Regierungschef : Der Autoverkehr sei in Entwicklung begriffen. Die Verkehrskommission habe sich mehrmals mit der Verbesserung der Autokurse befasst. Man habe schon daran gedacht, zwei Autolinien zu errichten, eine für das Unterland und eine für das Oberland.

Das hätte den Vorteil, dass die Unterländer am Morgen nach Vaduz und mittags wieder heim fahren könnten, das gleiche auch nachmittags und abends. Heute können wir am Morgen herauf und im Laufe des Nachmittags zurück, oder aber am Nachmittag herauf und am Abend nicht mehr zurückfahren. Der Fahrplan sei tatsächlich für das Unterland ungünstig. Das Auto fahre gegenwärtig täglich 130 km. Der Regierungschef gibt an Hand der Aufstellungen Auskunft über die Einkünfte beim Postautoverkehr, getrennt nach einzelnen Einsteigstationen und Landschaften. Er ist der Meinung, dass der Verkehr besser ausgebaut werden muss, und zwar in Verbindung mit den internationalen Zügen. Jetzt sei zwar der Briefabgang schon ein sehr günstiger. Man müsse aber auch für das Unterland bedacht sein. Der letzte Punkt sei, dass es Geld kostet. Die Trennung koste 44 - 45 000 Franken. Die Regierung ist bereit, einen genauen Plan vorzulegen. Der Plan braucht aber Zeit und Arbeit. Heute würde es sich darum handeln, das Geld zu bewilligen. Er macht darauf aufmerksam, dass ein Ausfall stattfinde. Der Verkehr ist gewiss sehr wichtig, aber er erfordert Geld. Vielleicht könnte die Frage erwogen werden, ob nicht noch ein Auto am Abend in das Unterland fahren sollen. - Wenn die Verkehrsverbesserung gewünscht werde, würde ein Kredit von 18 - 20 000 Franken erfordert, denen 1000 Franken Einnahmen entgegen stehen.

Batliner : Man müsste auch bedenken, dass das Auto auch die Post befördere und dass das abzuziehen sei.

Hoop : Er möchte für Ruggell einen Antrag bringen, der kein Geld koste. Sie haben im Oberweiler einen Briefkasten, doch haben bezüglich der Postablieferung nur die Häuser in der Nähe des Postamtes Begünstigungen. Wenn er im Oberweiler einen Brief in den Kasten lege, bleibe er 34 Stunden drinnen liegen. Er möchte nur verlangen, dass dieser Kasten immer sofort geleert werde.

Regierungschef : In Ruggell sei in Postamt eingerichtet worden, weil die Gemeinde weit ab liege. Es seien Reklamationen vorgekommen, die berücksichtigt worden seien. Es sei ein St. Gallen Direktionsbeamter in Ruggell gewesen und habe die Zeit bestimmt, wie viel der Briefträger

zu laufen habe. Das Postamt besteht kaum zwei Monate und es müsse alles erst ausprobiert werden. Solche Sachen, wie sie Hoop sagt, werden aber sofort abbestellt werden. Darum habe man auch dafür gesorgt, dass die Gemeinden Gamprin, Ruggell und Schellenberg an Samstagen zweimalige Postbestellung erhalten, was bisher nicht der Fall war.

Es wird für die Post sehr viel getan und es sei eine Frage der Zeit, wann Ruggell überhaupt eine zweite Austragung erhalte. Er gibt über die Zunahme des Post-, Telephon- und Telegraphenverkehres Auskunft.

Marxer : glaubt, dass es mehr Einnahmen gäbe, wenn bessere Verbindungen geschaffen werden könnten. Sonst müssen die Unterländer vielfach zu Fuss gehen. Wenn man beispielsweise morgens aus dem Unterlande herauf und mittags zurück, nachmittags ebenso wieder, dann gäbe es bessere Einnahmen.

Batliner : Er wollte bloss darauf aufmerksam machen, dass in Zukunft etwas geschaffen werden müsse. Er betrachte die erste Lesung des Budgets hiemit für erledigt.

Gehaltsregelung der Staatsbeamten und -Angestellten.

Generaldebatte.

Jehle : Es gebe sehr viele Arbeiter, die nur 2000 Franken Jahreseinkommen und nicht mehr haben. Solche Arbeiter seien sogar schon sehr dünn gesät.

Regierungschef : Die Regierung hat das Budget vorgelegt, bezüglich der Gehälter hat sich die Regierung eine Aussprache unter sich gehabt und einen Vorschlag gemacht. Ein bestimmtes Schema besteht nicht, wie man es mache.

Batliner : Es wäre gut, wenn der Landtag eine Schema als Unterlage hätte. Etwas werde geschehen müssen, in welcher Form könne er allerdings noch nicht sagen.

Jehle : Ob die Gehälter mit oder ohne Zulagen eingesetzt seien.

Regierungschef : gibt Auskunft, dass im Budget die bisherigen Gehälter eingesetzt seien.

Vogt : Es frage sich, ob Gehaltsregelung erfolgen soll oder nur Teuerungszulagen zu geben seien. Wenn das geklärt sei, wäre die Frage für sie auch erleichtert.

Batliner : Ist der Ansicht, dass man von unten anfangen solle. Er habe die Eingabe Dr. Thurnher gelesen, deren Begründung zutreffe. In Oesterreich hätte er mehr. Hier bleibe er immer sitzen. Aber seine Ansicht sei, man sollte unten anfangen.Wie man es machen wolle, sei aber schwer. Es wäre vielleicht am besten, wenn die Regierung ein Schema aufstellen würde.

Regierungschef : Es dreht sich um : 1. bis zu welcher Höhe will der Landtag entgegen kommen. Wir bezahlen jetzt 7 90 000 Franken jährlich für die Verwaltung und die Realschulen und 82 000 Franken für die Lehrer aus,haben im neuen Budget 26 000 Franken Ueberschuss. Zuerst soll der Landtag erklären, wieviel er geben wolle. Sonst käme man zu hoch.

2. Frage:/ Wer soll das machen. Er habe die Auffassung, dass es Regierung und Landtag mit einander machen sollten, nichts dass man später sagen könnte, der Landtag oder die Regierung haben etwas gemacht. Wir sind alle die Vertreter des Landes. Wie wäre es, wenn 3 Mann des Landtages und die 3 Mitglieder der Regierung eine Kommission bilden würden. Er sähe es gerne,wenn einträchtig gearbeitet werde. Ganz allgemein müsse er sagen, dass es jetzt Zeit wäre, entgegen zu kommen. Er kommt auf die Kriegsereignisse zu sprechen Heute müsse wieder der Grundsatz gelten, dass jeder Arbeiter seines Lohnes wert sei. Er müsse von der Regierungskanzlei sprechen,die seit Wochen jeden Abend bis neun Uhr und jeden Feiertag und Sonntag arbeite.Auch beim Landgericht opfern sich die Beamten,und müssen besser bezahlt werden. Das Gleiche treffe bei den Lehrern zu. Anderswo zahle man auch besser. Man soll entgegen kommen soweit als möglich und zwar mit einander. Den Schaden hätten sonst nur die Beamten. Für die Regierung,die mit dem Beamten arbeiten müsse, sei es notwendig, dass sie sage, dass man entgegen komme. Wir wissen, dass es 1923 schwer ging, neben dem neuen Steuergesetz die Gehälter zu regulieren. Aber von jetzt ab würde er,nachdem alles wohl gehe, verlangen, dass man die geistigen Arbeiter recht bezahle. Er werde bei dieser Gelegenheit alle Kategorien der Staatsangestellten empfehlen, weil es notwendig ist. Es ist Pflicht des Landtages, dass er entgegenkommt. Die Verteilung sei schwer und darum wollte er am liebsten eine gemischte Kommission (Landtag und Regierung) bilden,die einen Vorschlag ausarbeiten, der denn eine Einstimmigkeit erreichen sollte. Dann werde die Sache im Lande nicht so übel aufgefasst. Es brauche nur den guten Willen. Bittet sehr, seine Anregungen günstig aufzunehmen. Es soll jeder seine Pflicht erfüllen.Es dürfe nicht vorkommen, dass man einzelne unter verschiedenen Vor-

würfen leiden lasse. Wählen Sie eine Kommission, die ein Schema ausarbeitet.

Marxer : Glaubt, dass das der richtige Weg sei. Es sei klar, dass nachgeholfen werden müsse. Mit den heutigen Gehältern könne einer die Familie nicht ernähren. Es sei richtig, dass der Landtag eine Summe bestimmen soll, deren Verteilung durch eine Kommission vorzunehmen sei. Wenn der Landtag mit der Verteilung anfange, komme man nicht vorwärts. Die erste Frage sei, wieviel man geben solle.

Batliner : Stellt den Antrag, die Sache zu verschieben, bis der Präsident da sei.

Vogt : Er habe gesehen, dass es bei den Beamten zwei paar Stiefel gebe, Vertrags- und richtige Beamte und -Angestellte. Er glaube, eine solche Zweispurigkeit sei nicht gut. Die Vertragsbeamten seien nicht pensionsberechtigt. Man solle die Vertragsbeamten besser bezahlen. Mit der Gleichbehandlung alle ~~est~~ er nicht einverstanden.

Batliner : Das hat etwas für sich. Das Verhältnis beruht aber auf der Anstellung.

Gassner: Dieses Thema habe man schon mehr behandelt. Die Pensionen seien verlästert worden. Darum sei man zu den Vertragsangestellten gekommen. Damals sei die Meinung gewesen, die Pensionen aufzuheben. Er sei gegenteiliger Meinung gewesen, weil es teurer sei. Der ~~Kuk~~ Staat zahle mehr, wenn er den Vertragsangestellten mehr geben müsse. Das Pensionsgesetz sei auch notwendig, aber man wolle davon nicht sprechen. Es wäre aber im Interesse des Staates. So sei es gekommen, dass heute Vertragsangestellte seien, die heute schon besser bezahlt seien. Man sollte dazu kommen, das neue Pensionsgesetz zur Sprache zu bringen. Mit dem alten sei er auch nicht ganz einverstanden.

Quaderer : Darüber könne die Kommission berichten. Stimmt für Regierungschef, man habe die Beamten jedes Jahr vertröstet. Er ist der Meinung, dass der ganze Ueberschuss für die Beamten verwendet werde.

Peter Büchel : Gassner habe richtig gesprochen. Er habe den gleichen Standpunkt vertreten und habe mehrmals betont, dass es nicht von gutem sei. Was die Aufbesserung anbelange, soll jeder selbst darüber nachdenken, was das Geld wert sei. Der Geldwert ist gesunken. Die meisten

Beamten seien fast vollständig auf den Gehalt angewiesen. Es sei recht, dass der Ueberschuss verwendet werde. Es gehe am besten, wenn es so gemacht werde,wie es der Regierungschef gesagt habe. Man kann darüber reden.

Vogt : fragt,wie die 3 Mann bestellt werden.

Regierungschef : Aus dem Landtag und aus der Regierung.

Vogt : Befriedigt.

Regierungschef : Man könne dann auch noch darüber reden, ob die Beamten noch vorzulassen seien. Er selber sei genug aufgeklärt. Es sei nicht so zu verstehen,dass die Zulagen in Prozenten gegeben werden. Auch müsse beachtet werden, dass nicht überall gleich viel Arbeit sei. Am Besten komme man aber mit der Kommission zum Ziel. Am Besten sei es, wenn man zusammenhalte, wenn das Gegenteil der Fall wäre, würde er für die Beamten erschrecken. Er bittet eindringlich, zusammenzuhelfen und Burgfrieden zu halten.

Zur Behandlung kommen drei Fragen : 1.Höhe der Aufbesserung
2.Kommissionsbestellung
3.Vertragsbeamte.

~~Peter~~ Er würde es sehr gerne sehen, wenn jetzt abgestimmt würde.

Peter Büchel: Unterstützt Regierungschef~~Chef~~. Es gehe viel besser,wenn man jetzt abstimme. Man sei ja einig.

Gassner : Zu den Vertragsangestellten müsste man aber noch sprechen.Sie seien zwar besser gestellt. Wenn die Vertragsangestellten in das Definitivum übernommen würden, müsste man die Gehälter so ansetzen, wie wenn sie das von anfangs an gewesen wären.

Peter Büchel : Er möchte nur prinzipiell dazu Stellung beziehen.

Batliner : Es wäre darüber abzustimmen, ob man überhaupt auf die Frage eingehen solle.

Hoop : Soviel Einsicht habe jeder,dass die Gehälter zu klein seien. Er müsse sagen, dass man entgegen kommen,soweit als möglich.

Vogt : Es sei die Frage aufgerollt und nun werde sie akut: Man müsse darüber abstimmen, ob man die Vertragsangestellten beibehalten werde. Das sei schon besser für die Kommission.

Marxer : Er kenne die Leute nicht und wisse nicht, ob sie eventuell für das Land weiter benötigt werden.

Regierungschef : Es sind 1. Amtsdiener Vogt, den braucht man weiter, 2. Gefängnisaufseher Beck, den braucht man auch weiter, 3. Kanzlist Kaiser, den braucht man ebenfalls, 4. Kanzlist Eberle, auch weiter und 5. Wirtschaftskammersekretär Feger, der sehr notwendig sei. Dazu kämen die Lawenawerksbeamten. Zu diesen sei aber zu sagen, dass demnächst ein neuer Verwaltungsrat gewählt werde. Es frage sich, ob diese Beamten auch zu behandeln sind, wie die bei der Sparkasse, die auch keine Pension haben. Diese Frage müsse noch besonders abgeklärt werden. Auch die Lawenabeamten müssen gesichert werden.

Batliner : Nach seiner Ansicht werden die Lawenawerksbeamten aus den Einnahmen des Lawenawerkes besoldet werden.

Vogt : Diese Auffassung teile er nicht, die Sparkassebeamten seien auch Staatsangestellte. Das Lawenawerk sei vom Lande erbaut worden.

Batliner : Die Angestellten müssen doch aus dem Titel bezahlt werden, woher das Geld kommt, aus den Stromeinnahmen.

Vogt : Die Beamten seien Landesangestellte. Man müsse das Werk als Landessache behandeln. Er erwähnt die Abschreibungen für das Werk etz.

Peter Büchel : Komme auf eine anderes Thema. Ueber diese Sache soll die Kommission im engeren Kreise rede. Wir haben heute nur prinzipiell darüber zu reden. Die Kommission hat darüber zu beraten. Ob die Lawenawerksbeamten Staatsangestellte seien, soll man später entscheiden.

Batliner : 1. Frage : Ist man einverstanden, auf die Gehaltsregulierung einzutreten.

Hoop : Zu Frage ~~xxxxx~~ 3. kann er sich heute nicht äussern. Zuerst habe man vom Abbau gesprochen, wenn die Vertragsangestellten fest angestellt werden, sei es kein Abbau mehr.

Batliner : Höhe der Summe.

Jehle : Würde 20 000 Franken zur Verfügung stellen.

Peter Büchel : Kann das heute noch nicht sagen, wieviel. Er stellt Antrag, auf eine ungefähre Summe abzustimmen. Das andere bringen die Berechnungen mit. Wenn wir heute 25.000 Fr. sagen, so ist die Kommission zu sehr gebunden. Der Kommission soll man sagen, sie möge nach Möglichkeit sparen.

Doch könne man keine fixe Summe nennen.

Batliner : Man müsste sagen,höchstensbis zu 25.000 Fr.

Vogt : Ist mit maximal 25.000 Fr,einverstanden,dann stehe es der Kommission frei.

Hiemit ist alles einverstanden.

Batliner : Es käme nun die Kommissionsbestellung.

Vogt : schlägt vor Jehle,Gassner,Marxer.

Peter Büchel: macht den Gegenvorschlag : Dr. Beck, Vogt und vom Unterlande ein x-beliebiger,vielleicht gerade Batliner.

Abstimmung : Vogt 10 Stimmen

Dr.Beck 11 Stimmen

Batliner 8 Stimmen.

Marxer 4 Stimmen

Jehle 2 Stimmen.

Gassner 1 Stimme.

Mittagspause.

Fortsetzung nachmittags 2 1/4 Uhr.

Abrechnung für die Triesenberger Strasse.

Regierungschef : verliest das Referat.

Batliner : stellt das Referat zur Debatte. Der Unternehmer verlangt 20 600 Franken für Mehrarbeiten und Unvorhergesehenes.

Regierungschef : möchte vor der Debatte etwas bemerken. Wir haben eine Strasse gebaut nicht allein für Triesenberg, sondern auch für die Gemeinden Schaan und Vaduz. Es ist kein bedeutender Kostenpunkt für Land und Gemeinde. Die Strasse wurde im Oberland gebaut. Um zu zeigen, dass wir wegen Differenzen doch zusammenhalten, hat er beantragt, dass 1927 die Strasse nach Ruggell gebaut wird,und zwar auf einmal und so, dass sie den Anforderungen entspricht. Es ist recht, dass im Oberland etwas gemacht wurde und ebenso recht, dass im Unterland etwas Bedeutendes gemacht wird und er hoffe, dass der Kredit für Ruggell einstimmig bewilligt werde. Er richtet an die Unterländer die Bitte, entgegen zu kommen. Er werde das Unterland auch unterstützen. Die Summe sei hoch,aber in Triesenberg ist auch niemand auf Rosen gebettet und doch hat diese Gemeinde 118 000 Franken übernommen. Das ist ein bedeutendes Opfer. Er steht auf dem Standpunkt,es soll dem Franz Josef Beck entgegen gekommen werden. Er bittet die Unterländer auch entgegen zu kommen, man werde auch bei Ihnen brüderlich entgegenkommen.Das sei sein Standpunkt als Regierungschef.

Hoop : Als Vertreter von Ruggell dankt er für den versprochenen Strassenbau, möchte aber noch Bemerkungen machen, sich aber auch belehren lassen. Er stellt sich vor, dass die Forderung des Unternehmers erhöht werde. Nach seinem Begriff handelt es sich um ein Trinkgeld, das der Unternehmer erhalten soll.

Frick : Es handelt sich nicht um ein Trinkgeld. Er sei beim Strassenbau vom Anfang bis zum Ende dabei gewesen. Wenn man die Selbstkosten bezahlen müsste, könnte das nicht mit 20 000 Franken geschehen. Im Gegenteil. In Baulos II, III, IV hat er mindestens ebenso viel darauf bezahlt, was er als Praktiker beurteilen könne. Er konnte als Aufseher alles kontrollieren. Beck musste mindestens noch einmal soviel darauf bezahlen. Aber es handelt sich bei der Nachentschädigung um etwas Aussergewöhnliches bei der Steingewinnung. Jeder hätte sich müssen vorstellen, dass genug Steine zu gewinnen wären. Er selbst hätte es geglaubt. Man habe gemeint, im Innern des Felsens sei es besser, es wurde aber schlechter. Er als Bauaufseher habe die Pflicht gehabt, für die Mauern nur gute Steine zu verlangen. Die Baukommission sei der gleichen Meinung gewesen und habe den Steinbezug von anderswoher verlangt. Die Baukommission hatte 5 Fr. zugestanden pro Kubimeter, doch die Finanzkommission habe das für zu hoch gefunden und nur das Mass an der Mauer anerkennen wollen. Er habe Beck verstanden. Man habe ihn immer vertröstet bis zur Schlussabrechnung. Heute sind wir am Schlusse und es ist moralische Pflicht, die Selbstkosten Becks zu decken.

Batliner : Er könne nicht viel sagen, habe die Strasse nur einmal gesehen. Von Anfang an habe er gehört, dass nicht alles klappe, mit dem Unternehmer, Frommelt sei ausgetreten. Das habe die Sache verteuert. Seine Ansicht sei entgegen zu kommen und zwar nicht gerade in der Form, was er verlangt. Sonst heisse es ein anderesmal, man könne bloss verlangen. Nach seiner Ansicht käme ein Kompromiss mit 15 000 Fr. in Betracht.

Frick : Dass zuerst nicht alles geklappt habe, komme von anderswoher. Es fehlte auch hier. Der Eine habe so und der andere anders wollen. Zum Glück trat der andere aus. Sonst wären verschiedene Auslagen erwachsen und Strasse hätten wir keine. Vom Anfangsstadium werde hier nicht gerechnet. Davon wäre er selbst ein grosser Gegner. Das ginge das Landnichts an. Und es sei dafür nichts schuldig. Das sei jetzt nicht mehr der Fall. Der Schaden sei Beck erwachsen durch Enttäuschungen mit dem Material.

136

Gassner: Die Sache seit bereits im Oktober besprochen worden. Er habe auf Frick eingestellt. Was dieser sage, sei wahr. Er habe sich damals schon dafür interessiert, wie Beck davon gekommen sei. Wenn Beck daraus gekommen wäre, wäre er mit Batliner einverstanden gewesen. Nach Frick sei aber das andere ebenso schlecht. Er stehe daher auf dem Standpunkte, dass man die Forderung bezahlen müsse. Es handelt sich nur um Los I. Das Referat sei recht. Wir gehen aus das Vertrauen der Verfasser.

Vogt : fragt Frick:-gesetzt den Fall, man würde Beck 15 000 Fr.geben, Beck habe aber 35 000 Fr.darauf bezahlt und verlange dafür nur 20 000 Fr.habe also jetzt noch Schaden, ob in einem Streitfalle die Kommission dafür halte, dass man 20 000 Fr. bezahle.Ob es nicht klüger sei, zu zahlen. Er fühle heraus, dass Versprechungen gemacht worden sind,die in einem Streitfalle dem Unternehmer zu Gute kämen. Auch diesen Fall müsse man sich vergegenwärtigen. Es wäre klüger eine Einigung herbeizuführen. Er halte dafür, dass man die Forderung anerkennen soll.

Marxer : Er ist auch bei der Begehung dabei gewesen, im Kulm in Triesenberg habe man gesagt, man soll entgegenkommen,andere sagten wieder, man solle abmachen.Die Steine seien einem Unterakkordanten vergeben worden und über den Hang herunter geschossen worden. Selbst hätte Beck ander vorgehen müssen. Er kenne den Vertrag nicht, ob wir im Prozess gewinnen, wisse er nicht. Gerade den ganzen Betrag zahlen wisse er nicht,dann gehe die Schimpferei los. Man sage, dass Beck überall Schaden habe,es seien aber auch überall Mehrbauten. Er meine, dass es nicht gerade bei jedem Lose solche Mehrarbeiten gebe. Man solle sich auf einen Standpunkt stellen,dass der Landtag es verantworten könne.Ein Kompromiss sei der beste Ausweg. Es seien schon höhere Offerten gewesen,heute stehe aber Beck über allen diesen Offerten.

Frick : Wegen Unterakkord : In einem solchen Terrain könne man die Steine nicht halten, das sei unmöglich. Wenn Beck die Steine nicht in Unterakkord gegeben hätte, wäre er noch teurer davon gekommen.Der Unterakkordant habe eine grosse Energie entwickelt, um etwas verdienen zu können. Die Steine seien zum grossen Teil aber viel zu klein gewesen. Es war ein Dreckhaufen. Bezüglich der Ueberschreitungen für die Lose: Es seien Einheitspreise gewesen,bei welchen Beck der niederste war. Folge-dem hätte ein anderer Unternehmer auch mehr erhalten. Die Lose wären viel teurer gekommen, weil sie mehr Einheitspreise hatten. Bei

Erhöhung der Summen handle es sich um mehr Kubatur. Die Ueberschreitungen sind effektive Mehrarbeitsleistungen.

Marxer : Wie die Brücke erstellt wurde, ob mit Garantie oder im Taglohn.

Frick : Garantie.

Marxer : Jetzt bewegen sich die Pfeiler und jetzt gelange man an das Land..

Frick : Das sei nicht die Schuld des Bauaufsehers, dass er die Fundamente für genügend angesehen habe.Jeder andere hätte das auch gesagt.

Marxer : Ob man keinen Ingenieur gefragt habe.

Frick : Nein. Ein Jahr vorher sei es auch der Fall gewesen, wer dafür aufgekommen sei, wisse er nicht .

Batliner : Man sei vom Thema abgekommen.

Marxer : Die Brücke gehöre auch zur Strasse, ohne Brücke gehe es nicht.

Gassner: An die 20 600 Franken bezahle auch die Gemeinde.

Regierungschef : gibt Auskunft über die Kosten,die vom Land und Gemeinde zu bezahlen seien.Die Ausrechnungen berücksichtigen bereits die Entschädigungssumme. Dem Lande treffe es 14 420 Fr.zu bezahlenund der Gemeinde 6180 Franken. Das wäre dann die definitive Abrechnung.

Batliner : Wir können der Gemeinde nicht sagen,was sie bezahlt.

Frick : Das sei Sache des Landtages, wenn der Landtag bestimme,sei die Gemeinde verpflichtet 30 % zu bezahlen.

Regierungschef : Er glaube,sie werden nichts mehr sagen und dass alles still sei.

Kaiser : Ist einverstanden, dass der Mann entschädigt wird. Er meint mit 15 000 Fr. werde er zufrieden sein.

Quaderer : Wenn man eine Arbeit vergebe, müsse sie ausgeführt werden. Die Sache sei in diesem Falle aber doch anders. Es seien Arbeiten dazu gekommen. Doch habe er zu wenig Einsicht. Von anderen habe er gehört, dass Steine von bestimmten Dimensionen verlangt wurden.Der Unternehmer hat die Arbeit gut ausgeführt, trotzdem er sah, das er zu Schaden kommt und das sei anzuerkennen.Die Finanzkommission und die Baukommission haben entgegenzukommen versprochen und heute müsse man eine Mehrentschädigung bewilligen.Dem Manne habe man Hoffnungen gemacht.Er habe mit einer Entschädigung gerechnet. Im

Prozess werde Beck gewinnen.Er meint, dass wir den ~~Unterne~~ Unternehmer nicht schädige sollen. Es soll ein Lehrstück für künftig sein, die Verträge vorsichtig zu machen. Die Arbeit sei recht gemacht.

Vogt :-Unterstützt.

Frick : Die Verträge seien korrekt und in jeder Hinsicht recht. Der Unternehmer hat inclusive Materiallieferung offeriert. Aber die moralische Verpflichtung besteht. Denn jeder Unternehmer habe gemeint, es gebe genug Steine. Aber der Fels habe enttäuscht. Auch die Arbeitslöhne wurden ihm anders genannt. Darum habe er viel darauf bezahlt. Das sei aber nicht berücksichtigt in der Abrechnung. Das Geld haben ja auch unsere Arbeiter bekommen für Löhne.Nur wenig Geld sei für Zement ins Ausland gegangen. Es seien Schweizerlöhne verlangt worden. Auch sei Beck in der Arbeiterauswahl nicht frei gewesen.

Vogt : Er müsse nochmals betonen, dass Beck es darauf ankommen lasse.Wenn man ihm aber entgegenkomme,sei er nicht so. Er habe viel mehr Zement gebraucht und dann sei man mit den Steinen auch wählerisch gewesen.Die Arbeit sei sehr gut gemacht und man sollte auch nicht so knauserisch sein. Er habe die Auffassung, dass Beck im Rechte sei.

Kaiser :Zu Quaderer : Die Finanzkommission habe nicht bewilligt, das sei nicht richtig. Es sei nur in Aussicht gestellt worden, später etwas zu tun.

Quaderer : Das habe er auch nicht so gesagt,doch habe Beck mit einem möglichst grossen Entgegenkommen gerechnet.

Hoop : Fürchtet gerichtliche Verhandlungen nicht, Es soll einer Auskunft geben, wie wir besser täten. Beck könnte sich sonst am Lawenawerk schadlos halten. Er möchte den Antrag wegen Trinkgeld zurückziehen.

Regierungschef : Er habe leider die Gewissheit, dass 35 000 Franken Defizit für Beck entstanden sind. Frick hat als Bauaufseher zu grosse Anforderungen gestellt. Beck war oft rasend, wenn ihm Frick wieder Steine herausgeworfen hat. Wie wäre es, nachdem ein Antrag von 15000 und ein solcher zu 20 000Ø Franken hier sind, wenn man sich auf ein Kompromiss von 18000 Fr. einigen würde ?

Marxer : Es gebe keine Entschuldigung für das Herauswerfen von Steinen und die Löhne. Wer will um 60 Rappen arbeiten ? Das sei keine Entschuldigung.

Mit dem hätte er rechnen müssen. Er wäre dafür einen Kompromiss zu schliessen, nicht dass er die 20 000 Franken ihm nicht gönne. Nur dass man nicht sagen könne, man zahle jede Forderung nach.

Frick : Der Meister trage an den Steinen keine Schuld. Er habe mit den Arbeitern machen müssen und darunter leide Beck. Er habe jeden Tag nachgeschaut und habe keine Freundschaft mit Beck gehabt. Wieviele Auftritte habe er nur mit Beck gehabt! Wegen den Arbeitern möchte er nur erwähnen, dass man beim Lande auch schon solche Erfahrungen gemacht habe, dass sie zuerst weniger und nachher mehr verlangen.

Vogt : Darüber könne er Auskunft geben. Als die Strasse vergeben wurde, wurden diese Löhne bezahlt. Die besseren Leute gingen nicht zu diesem Lohn Es sei so eine Notstandsarbeit gewesen, zu welcher man Arbeiter zugewiesen habe. Wenn Beck frei gewesen wäre, hätte er durchkommen können. Was er darauf bezahlt habe, haben die Arbeiter bekommen. Gute Arbeiter gehen von uns weg. Wenn man von Landeswegen etwas verlange, so bestehen auch Pflichten.

Regierungschef : Was mit dem Antrage sei, er hätte lieber 20 600 Fr., begreife aber auch 15 000 Fr. Man sollte aber doch noch einen Schritt tun und 18000 Fr. bezahlen. Wie wäre das ? Eines müsse er betonen : Beck sei auch beim Lawenawerk wie bei der Bergstrasse um Tausende geschädigt worden, dass er zugewiesene Arbeiter übenehmen und gute Arbeiter entlassen musste. Oft musste Beck schlechte Liechtensteiner Arbeiter annehmen. Das sei nicht gut gegangen. Er werde nicht vergessen, was er beim Lawenawerk bezüglich der Arbeiter ausgestanden habe. Auch Arbeiter-Deputationen seien zu ihm gekommen. Die Liechtensteiner verlangten, dass Beck alle Ausländer davon jagen müsse. Beck hat gesagt, dass er dann davon laufen müsse. Beck hätte besser getan, wenn er freie Hand gehabt hätte. Ueberlegen Sie sich, ob Sie nicht 18 000 Franken bezahlen wollen ?

Jehle : Er habe den Strassenbau angesehen, als er von den Offerten gehört habe. Er müsse für Beck eintreten, er bezahle bestimmt noch darauf.

Marxer : Regierungschef habe einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Er sei auch Vermittler und habe immer den Mittelweg gesucht und ginge auch

Jetzt auf 18 000 Fr., nur damit die Sache aus dem Weg geräumt sei. Er frage sich bloss, warum Beck auch noch das Lawenawerk übernommen habe.

Vogt : Das Lawenawerk habe Beck übernommen, als er noch lange an der Strasse Arbeit hatte. Daraus könne man Beck keinen Vorwurf machen.

Marxer : Er wollte auch keinen Vorwurf machen.

Vogt : müsse dort 3 mal soviel drauf zahlen.

Batliner : Bittet um Beschleunigung.

Gassner : Die Sache sei reiflich besprochen worden, er habe schon früher die Vermutung gehabt, dass man auf einem Mittelweg zusammen kommen müsse. Er ist auch für ein Kompromiss, wenn man mit grossen Mehr oder noch besser einstimmig zusammenkomme.

Batliner : Lässt abstimmen :

Beschluss : Einstimmig für 18 000 Franken.

Regierungschef : dankt für die Einsicht.

Peter Büchel : erwähnt noch, dass er nicht geglaubt habe, dass wir mit 18 000 Fr. zusammenkommen. In Triesenberg habe er höchstens mit 10 000 Fr. gerechnet.

Fortsetzung der Budgetberatungen.

Regierungschef : Finanzgesetz. Regierung ist der Ansicht, die Steuer wie letztes Jahr zu bestimmen, wir wollen weder in die Höhe noch zurück. Er würde daher eine gleiche Bestimmung aufnehmen. Die Initiativen für die Steuer und auch jene für die Gewerbetreibenden kommen erst nach den Neujahr zur Behandlung. Die Regierung schlägt daher 3/4 o/oo für Vermögen und 1 % für Erwerb vor.

Batliner : Sonst gehe das ganze Budget kaput.

Regierungschef : frägt wegen der Referendumsklausel.

Vogt : Ebenso bezüglich der Gehalte.

Regierungschef : gibt Auskunft, dass jene Posten, die jährlich wiederkehren und 4000 Fr. übersteigen, dem Referendum unterliegen.

~~Regierungschef~~ Batliner : frägt wegen der Waldaufsehergehalte.

Regierungschef : Müsse von der Kommission beraten werden. Als andere zur Behandlung kommende Arbeiten nennt er die vorliegenden Initiativen, Unfallversicherung, Viehseuchenfonds, Viehveredlungsgesetz. Für heuer 1926 komme nur noch das Budget zur Behandlung und die Gewerbeinitiative.

Die Gehälterkommission soll morgen 9 Uhr zusammentreten.

Schluss: 3.55^{h}.

142